Vorbemerkung zum Fragebogen Minijob

Sehr geehrte Damen und Herren,

für die sozialversicherungsrechtliche Beurteilung Ihres Minijobs sind Ihre Mitarbeit sowie die vollständigen Angaben auf dem Fragebogen Minijob unbedingt erforderlich.

Bitte lesen Sie die folgenden Punkte aufmerksam durch:

- **Wir sind gesetzlich verpflichtet die folgenden Abfragen zu tätigen, Ihren Minijob bei der Minijobzentrale anzumelden und Beiträge gemäß Ihren Angaben abzuführen. Grundsätzlich müssen Sie bei einem Minijob Beiträge an die Rentenversicherung zahlen. Sie können sich jedoch von dieser Pflicht auf Antrag befreien lassen (siehe Punkt 5. auf der zweiten Seite des Fragebogens).**

- Bitte teilen Sie Ihrem Arbeitgeber unbedingt und schnellstmöglich Änderungen mit, die Einfluss auf die sozialversicherungsrechtliche Beurteilung Ihres Minijobs haben können (z. B. wenn Sie weitere Beschäftigungen aufnehmen / beenden oder sich am Entgelt Ihrer weiteren Beschäftigungen etwas ändert).

- Die aktuelle monatliche Höchstverdienstgrenze für Minijobs kann bei Beschäftigungen der EKHN bzw. dem Geltungsbereich der KDO **nicht** ausgezahlt werden. Die KDO sieht eine Sonderzahlung vor die anteilig auf die Monate als Verdienst umgelegt / angerechnet werden muss.

- Für Fragen rund um Ihre Beschäftigung wenden Sie sich bitte zuerst an Ihren Arbeitgeber. Weitere Hinweise, Tipps und Informationen erhalten Sie auf der Website www.minijob-zentrale.de

Sollten Sie sich für eine Befreiung von der Rentenversicherung entscheiden,
beachten Sie bitte die folgenden Hinweise (Quelle: Minijobzentrale, Stand 10/2026):

Merkblatt über die möglichen Folgen einer Befreiung von der Rentenversicherungspflicht
Quelle: www.Minijob-Zentrale.de (Stand 01.10.2026)

Allgemeines

Arbeitnehmer/-innen, die eine geringfügig entlohnte Beschäftigung ausüben, unterliegen grundsätzlich der Versicherungs- und vollen Beitragspflicht in der gesetzlichen Rentenversicherung. Der von der Arbeitnehmerin/dem Arbeitnehmer zu tragende Anteil am Rentenversicherungsbeitrag beläuft sich auf 3,6 Prozent (bzw. 13,6 Prozent bei geringfügig entlohnten Beschäftigungen in Privathaushalten) des Arbeitsentgelts. Er ergibt sich aus der Differenz zwischen dem Pauschalbeitrag der Arbeitgeberin/des Arbeitgebers (15 Prozent bei geringfügig entlohnten Beschäftigungen im gewerblichen Bereich bzw. 5 Prozent bei solchen in Privathaushalten) und dem vollen Beitrag zur Rentenversicherung in Höhe von 18,6 Prozent. Zu beachten ist, dass der volle Rentenversicherungsbeitrag mindestens von einem Arbeitsentgelt in Höhe von 175 Euro zu zahlen ist.

Vorteile der vollen Beitragszahlung zur Rentenversicherung

Die Vorteile der Versicherungspflicht für den/die Arbeitnehmer/-in ergeben sich aus dem Erwerb von Pflichtbeitragszeiten in der Rentenversicherung. Das bedeutet, dass die Beschäftigungszeit in vollem Umfang für die Erfüllung der verschiedenen Wartezeiten (Mindestversicherungszeiten) berücksichtigt wird. Pflichtbeitragszeiten sind beispielsweise Voraussetzung für

- einen früheren Rentenbeginn,
- Ansprüche auf Leistungen zur Rehabilitation (sowohl im medizinischen Bereich als auch im Arbeitsleben),
- den Anspruch auf Übergangsgeld bei Rehabilitationsmaßnahmen der gesetzlichen Rentenversicherung,
- die Begründung oder Aufrechterhaltung des Anspruchs auf eine Rente wegen Erwerbsminderung,
- den Rechtsanspruch auf Entgeltumwandlung für eine betriebliche Altersversorgung und
- die Erfüllung der Zugangsvoraussetzungen für eine private Altersvorsorge mit staatlicher Förderung (zum Beispiel die so genannte Riester-Rente) für den/die Arbeitnehmer/-in und gegebenenfalls sogar den/die Ehepartner/-in.

Darüber hinaus wird das Arbeitsentgelt nicht nur anteilig, sondern in voller Höhe bei der Berechnung der Rente berücksichtigt.

Antrag auf Befreiung von der Rentenversicherungspflicht

Ist die Versicherungspflicht nicht gewollt, kann sich der/die Arbeitnehmer/-in von ihr befreien lassen. Hierzu ist der Arbeitgeberin/dem Arbeitgeber - möglichst mit dem beiliegenden Formular - schriftlich mitzuteilen, dass die Befreiung von der Versicherungspflicht in der Rentenversicherung gewünscht ist. Übt der/die Arbeitnehmer/-in mehrere geringfügig entlohnte Beschäftigungen aus, kann der Antrag auf Befreiung nur einheitlich für alle zeitgleich ausgeübten geringfügigen Beschäftigungen gestellt werden. Über den Befreiungsantrag hat der/die Arbeitnehmer/-in alle weiteren - auch zukünftige - Arbeitgeber zu informieren, bei denen er eine geringfügig entlohnte Beschäftigung ausübt. Die Befreiung von der Versicherungspflicht ist grundsätzlich für die Dauer der Beschäftigung(en) bindend; sie kann jedoch einmalig für die Zukunft aufgehoben werden. Das erfolgt mit dem „Antrag auf Aufhebung der Befreiung von der Rentenversicherungspflicht bei einer geringfügig entlohnten Beschäftigung nach § 6 Abs. 6 SGB VI“ gegenüber dem Arbeitgeber. Für die Vergangenheit ist kein Widerruf möglich.

Die Befreiung wirkt grundsätzlich ab Beginn des Kalendermonats des Eingangs bei der Arbeitgeberin/dem Arbeitgeber, frühestens ab Beschäftigungsbeginn. Voraussetzung ist, dass der/die Arbeitgeber/-in der Minijob-Zentrale die Befreiung bis zur nächsten Entgeltabrechnung, spätestens innerhalb von 6 Wochen nach Eingang des Befreiungsantrages bei ihm meldet. Anderenfalls beginnt die Befreiung erst nach Ablauf des Kalendermonats, der dem Kalendermonat des Eingangs der Meldung bei der Minijob-Zentrale folgt.

Konsequenzen aus der Befreiung von der Rentenversicherungspflicht

Geringfügig entlohnte Beschäftigte, die die Befreiung von der Rentenversicherungspflicht beantragen, verzichten freiwillig auf die oben genannten Vorteile. Durch die Befreiung zahlt lediglich der/die Arbeitgeber/-in den Pauschalbeitrag in Höhe von 15 Prozent (bzw. 5 Prozent bei Beschäftigungen in Privathaushalten) des Arbeitsentgelts. Die Zahlung eines Eigenanteils durch den/die Arbeitnehmer/-in entfällt hierbei. Dies hat zur Folge, dass der/die Arbeitnehmer/-in nur anteilig Monate für die Erfüllung der verschiedenen Wartezeiten erwirbt und auch das erzielte Arbeitsentgelt bei der Berechnung der Rente nur anteilig berücksichtigt wird.

Hinweis:

Bevor sich ein/-e Arbeitnehmer/-in für die Befreiung von der Rentenversicherungspflicht entscheidet, wird eine individuelle Beratung bezüglich der rentenrechtlichen Auswirkungen der Befreiung bei einer Auskunfts- und Beratungsstelle der Deutschen Rentenversicherung empfohlen. Das Servicetelefon der Deutschen Rentenversicherung ist kostenlos unter der 0800 10004800 zu erreichen. Bitte nach Möglichkeit beim Anruf die Versicherungsnummer der Rentenversicherung bereithalten.

Fragebogen Minijob / Aushilfe

Bitte den Fragebogen Minijob / Aushilfe dem Personalbogen beifügen.

Vom Arbeitgeber auszufüllen	Eingangsstempel:
Einstellung als:	
ab:	
bei:	AZ.: .....

Von dem / der Arbeitnehmer*in auszufüllen: ↓

1. Angaben zur Person

Name: ..... Vorname: .....

2. Angaben zur Überprüfung der Sozialversicherungspflicht / -freiheit

Ich bin zurzeit

☐ Hausfrau / -mann

☐ selbstständig erwerbstätig / Vollerwerbslandwirt*in

☐ Arbeitnehmer*in bei einem anderen Arbeitgeber

In Fällen von Elternzeit geben Sie bitte den genauen Zeitraum der bewilligten Elternzeit an

von ..... bis .....

☐ Schüler*in; Student*/in (bitte aktuelle Schul- bzw. Studienbescheinigung beifügen)

☐ Beamter / Beamtin; Richter*in; Soldat*in auf Zeit; Berufssoldat*in

☐ Rentner*in; Pensionär*in - Bitte genau erläutern

☐ Altersrente als → ☐ Vollrente ☐ Teilrente

☐ Alterspension ☐ Pension wegen Dienstunfähigkeit

☐ Erwerbsminderungsrente ☐ Berufs- bzw. Erwerbsunfähigkeitsrente

☐ als arbeitssuchend gemeldet

☐ Bezieher*in von Arbeitslosengeld bzw. Bürgergeld

☐ Bezieher*in von laufender Hilfe zum Lebensunterhalt (Sozialhilfe)

3. Angaben zur gesetzlichen / privaten Krankenversicherung

Ich bin ☐ familienversichert ☐ freiwillig versichert

☐ pflichtversichert ☐ privat versichert

bei .....

(Name der Krankenkasse)

☐ Es bestand früher eine Mitgliedschaft / Familienversicherung bei der folgenden gesetzlichen Krankenkasse:

.....

(Name der gesetzlichen Krankenkasse)

4. Angaben zu weiteren Beschäftigungen (falls der Platz nicht ausreicht, bitte ein Beiblatt beifügen.)

➔ Diese Angaben sind zur Beurteilung zwingend erforderlich!

4.1. ☐ Ich übe zurzeit eine weitere geringfügige Beschäftigung aus

Name und Anschrift des Arbeitgebers	beschäftigt seit	wöchentliche Arbeitszeit	monatl. Bruttoarbeitsentgelt
.....	.....	..... Std	..... EUR
.....	.....	..... Std	..... EUR

4.2. ☐ Ich übe zurzeit eine weitere versicherungspflichtige Beschäftigung aus

Name und Anschrift des Arbeitgebers	beschäftigt seit	wöchentliche Arbeitszeit	monatl. Bruttoarbeitsentgelt
.....	.....	..... Std	..... EUR
.....	.....	..... Std	..... EUR

4.3. ☐ Ich übe zurzeit keine weitere Beschäftigung aus.

5. Kurzfristige Aushilfsbeschäftigungen in diesem Kalenderjahr vor Aufnahme der Tätigkeit

☐ ja, folgende

Name und Anschrift des Arbeitsgebers: .....

beschäftigt von ..... bis .....

beschäftigt von ..... bis .....

6. Antrag auf Befreiung von der Rentenversicherungspflicht bei einer geringfügig entlohnten Beschäftigung nach § 6 Absatz 1b Sozialgesetzbuch Sechstes Buch (SGB VI)

Hiermit beantrage ich die Befreiung von der Versicherungs-pflicht in der Rentenversicherung im Rahmen meiner geringfügig entlohnten Beschäftigung und verzichte damit auf den Erwerb von Pflichtbeitragszeiten. ☐ ja

Sofern hier keine Angabe gemacht wird, besteht Versicherungspflicht in der Rentenversicherung.

Allgemeiner Hinweis:

Mir ist bekannt, dass der Befreiungsantrag für alle von mir zeitgleich ausgeübten geringfügig entlohnten Beschäftigungen gilt und für die Dauer der Beschäftigungen bindend ist.

Eine Rücknahme der Befreiung von der Rentenversicherungspflicht ist auf Antrag **einmalig** möglich.

Ich verpflichte mich, alle weiteren Arbeitgeber, bei denen ich eine geringfügig entlohnte Beschäftigung ausübe, über diesen Befreiungs-antrag zu informieren. Der Antrag auf Befreiung kann nur einheitlich für alle zeitgleich ausgeübten geringfügigen Beschäftigungen gestellt werden!

Ich versichere, dass meine Angaben vollständig und richtig sind. Die Aufnahme bzw. Beendigung weiterer Beschäftigungsverhältnisse werde ich meinem Arbeitgeber unverzüglich mitteilen. Dies gilt auch für den Fall einer Änderung der sonstigen Angaben.

....

Ort, Datum Unterschrift